

Anfrage Claus betreffend die Befristungen von Erlassen (Sunset Legislation) und Überprüfung der Regulierungsdichte

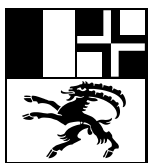
Auch in Graubünden werden immer mehr Aufgaben dem Kanton übertragen. Damit steigt der Aufwand des Staatsapparates, die Regulierungsdichte und der volkswirtschaftliche Kostenanteil des Staates in Form von steigenden Staats- und Fiskalquoten. Diese Staatsaufgaben sind in diversen Erlassen (Gesetzen, Verordnungen und Weisungen) festgehalten. Im Laufe der Zeit werden sie durch weitere Erlasse ergänzt oder teilweise ersetzt. Ob die generelle Notwendigkeit, Aktualität der Regelung und ihre Zweckmässigkeit noch gegeben sind, steht nicht zur Debatte. Mit der „Sunset Legislation“ wurde in den USA ein Verfahren geschaffen, mit dem die Möglichkeit besteht, sämtliche verabschiedeten Erlasse in regelmässigen Abständen auf ihre Notwendigkeit, ihre Zweckmässigkeit und ihre Verhältnismässigkeit zu prüfen. „Sunset“ steht dabei für einen gesetzlich fixierten Termin, an dem die Überprüfung erfolgen soll. Jeder Erlass erhält ein Verfallsdatum. Der Kreislauf der teuren, eigen-dynamischen Überregulierung wird durchbrochen, Staat und Verwaltung werden schlanker, zum Vorteil aller.

Die Regierung wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welcher Form könnten die heutigen Gesetze, Verordnungen und Weisungen des Kantons einer generellen Überprüfung in Bezug auf Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit unterzogen werden?
2. Wie gross ist der Anteil von befristeten Erlassen im Vergleich zu den unbefristeten Erlassen (Gesetze, Verordnungen und Weisungen) im Kanton?
3. Für welche Gesetze, Verordnungen und Weisungen erachtet die Regierung eine Befristung als sinnvoll?
4. In welcher Form könnte das Prinzip der Befristung von Erlassen zügig umgesetzt werden?

Chur, 15. Juni 2016

Claus, Davaz, Felix (Haldenstein), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Casanova (Ilanz), Casanova-Maron (Domat/Ems), Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Davos Clavadel), Danuser, Engler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Kasper, Koch (Tamins), Koch (Igis), Kollegger, Komminoth-Elmer, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Marti, Mathis, Nay, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rosa, Schutz, Steiger, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Chur), Tenchio, Thomann-Frank, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wieland, Zanetti, Berther (Segnas), Bossi, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Natter, Padrun-Valentin, Pfister, Schmid



Sitzung vom

16. August 2016

Mitgeteilt den

17. August 2016

Protokoll Nr.

730

Anfrage Claus

betreffend die Befristungen von Erlassen (Sunset Legislation)
und Überprüfung der Regulierungsdichte

Antwort der Regierung

Der Kanton Graubünden unternimmt seit vielen Jahren besondere Anstrengungen zur Verbesserung seiner Rechtsetzung. Mit dem schweizweit pionierhaften Projekt "Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR)" wurde in den Jahren 1996 bis 2000 eine umfassende formelle und materielle Überprüfung und Bereinigung aller kantonalen Erlasse durchgeführt. Bilanz dieser "Entrümpelung" des Bündner Rechts: 87 Erlasse (Gesetze, Grossrats- und Regierungsverordnungen) wurden aufgehoben, 115 Erlasse wurden ganz oder teilweise revidiert. Um die Nachhaltigkeit dieser Aktion sicherzustellen, hat der Kanton in der Folge verschiedene Massnahmen getroffen. Dazu gehören insbesondere eine obligatorische Vorprüfung aller kantonalen Rechtsetzungsvorhaben bezüglich der Einhaltung der VFRR-Grundsätze, Rechtsetzungsrichtlinien der Regierung mit formalem und inhaltlichem Vorgehen für eine gute Gesetzgebung und das Angebot einer legislativen Aus- und Weiterbildung für alle kantonalen Mitarbeitenden, welche mit Rechtsetzungsprojekten befasst sind. Eine kürzlich veröffentlichte wissenschaftliche Studie zur Rechtsetzung im Kanton Graubünden zeigt auf, dass der Kanton einen vergleichsweise geringen Regulierungsbestand aufweist und auch bezüglich Regulierungsaktivität unter dem Durchschnitt der Schweizer Kantone liegt.

Die "Sunset Legislation" hatte ihren Ursprung bereits vor mehr als drei Jahrzehnten in verschiedenen US-Bundesstaaten, konnte sich dort aber letztlich nicht wirklich durchsetzen. Ursächlich hierfür war vor allem der mit diesem Verfahren verbundene immense Zeit- und Ressourcenaufwand für die Milizparlamente der Bundesstaaten. Aufgrund von Arbeitsüberlastung kam es nach Befristungsablauf häufig zu Verlängerungsautomatismen, ohne dass eine nähere inhaltliche Überprüfung erfolgt wäre. Ähnliche Erfahrungen liegen auch aus Deutschland vor, wo verschiedene Bundesländer dieses Instrument einsetzen. Auch dort bildet das Phänomen des parlamentarischen "Durchwinkens" auslaufender Rechtsvorschriften kurz vor Ende der Befristung ohne Evaluation und Debatte eher die Regel. In der Schweiz wurde über die Sunset Legislation in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder da und dort (Bund, verschiedene Kantone) politisch diskutiert, sie konnte sich jedoch nirgends etablieren. Immerhin wird im Kanton Nidwalden am 25. September 2016 über eine Volksinitiative abgestimmt, mit welcher eine Bestimmung in die Verfassung aufge-

nommen werden soll, welche zumindest die Möglichkeit der zeitlichen Befristung von Gesetzen zulässt.

In Berücksichtigung der eben aufgezeigten Erfahrungen erachtet die Regierung eine prinzipielle und generelle Befristung aller Erlasse nicht als geeignetes Instrument, um einen quantitativ und qualitativ optimalen Rechtsbestand sicherzustellen. Der Erfolgsfaktor liegt vielmehr in einer Selbstbeschränkung der an der Rechtsetzung beteiligten Organe. Regierung und Parlament müssen bei der Rechtsetzung "Mass halten", sowohl im autonomen Regelungsbereich als auch bei der Umsetzung von Bundesrecht.

Zu Frage 1

Für eine generelle Überprüfung aller bestehenden kantonalen Erlasse in Bezug auf Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit müsste ein entsprechendes Projekt umgesetzt werden. Aufgrund des Prüfungsumfangs und der Überprüfungstiefe wäre dabei mit einem grossen Zeit- und Ressourcenaufwand für die beteiligten Stellen (Grosser Rat, Regierung, Verwaltung) zu rechnen.

Zu Frage 2

In Art. 31 Abs. 3 der Kantonsverfassung ist schon heute die Möglichkeit vorgesehen, Gesetze zu befristen. Diese Kompetenz steht demnach dem Grossen Rat bereits zu. Bis anhin hat der Gesetzgeber davon jedoch noch nie Gebrauch gemacht. Auch auf unterer Stufe gibt es keine befristeten Erlasse.

Zu Frage 3

Aus Gründen der Rechtssicherheit und mit Blick auf die Akzeptanz der Rechtsnormen müssen unbefristete Erlasse die Regel sein und befristete Erlasse die absolute Ausnahme bleiben. Eine Befristung kann im Einzelfall etwa in Frage kommen, wenn das Regelungsbedürfnis von vorne herein erkennbar nur für bestimmte Zeit besteht oder wenn mit einer neuen Regelung zuerst Erfahrungen gesammelt werden sollen.

Zu Frage 4

Das Prinzip der Befristung lässt sich nur für neue Erlasse umsetzen. Die nachträgliche Befristung bestehender Erlasse macht keinen Sinn. Wollte man die Rechtsetzungsorgane verbindlich verpflichten, Erlasse im Regelfall zu befristen, müsste die bestehende Verfassungsbestimmung geändert werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

**Dumonda Claus concernent la limitaziun temporara da relaschs (sunset legislation)
e l'examinaziun dal dumber da regulaziuns**

Er en il Grischun vegnan surdadas adina dapli incumbensas al chantun. Uschia crescha la lavur da l'apparat statal, il dumber da regulaziuns e la part dals custs da l'economia publica statala, tras quai che la furma che las quotas statalas e fiscalas s'augmentan. Las incumbensas dal stadi èn fixadas en divers relaschs (leschas, ordinaziuns e directives). En il decurs dal temp vegnan els complettads u per part remplazzads tras ulteriurs relaschs. Sche la necessitad generala, l'actualitad dal reglament e sia utilitad èn anc dadas, na stat betg en discussiun. Cun la "sunset legislation" han ils Stadis Unids da l'America stgaffi ina procedura che permetta d'examinar en intervals regulars, sche tut ils relaschs deliberads èn anc necessari, utils e commensurads. "Sunset" signifitgescha in termin fixà legalmain, al qual l'examinaziun duai avair lieu. Mintga relasch survegn ina data da scadenza. La spirala d'in dumber excessiv da regulaziuns che chaschuna gronds custs e che sviluppa in'atgna dinamica, vegn interrupta; il stadi e l'administraziun sa concentreschan sin il necessari, a l'avantatg da tuts.

Perquai vegn la regenza supplitgada da responder las suandantas dumondas:

1. En tge furma pudessan las leschas, las ordinaziuns e las directives actualas chantunales vegnir suttamessas ad in'examinaziun generala areguard lur necessitad, lur utilitad e lur commensurabladad?
2. Quant gronda è la part da relaschs limitads temporarmain en cumparegliaziun cun relaschs illimitads (leschas, ordinaziuns, directives) en il chantun?
3. Per tge leschas, ordinaziuns e directives pari a la regenza ch'ina limitaziun temporara fetschia senn?
4. En tge furma pudess vegnir realisà svelt il princip da la limitaziun temporara da relaschs?

Cuira, ils 15 da zercladur 2016

Claus, Davaz, Felix (Haldenstein), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Casanova (Glion), Casanova-Maron (Domat), Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Tavau Clavadel), Danuser, Engler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Kasper, Koch (Tumein), Koch (Igis), Kollegger, Komminoth-Elmer, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Marti, Mathis, Nay, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rosa, Schutz, Steiger, Stiffler (Tavau Plaz), Stiffler (Cuira), Tenchio, Thomann-Frank, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wieland, Zanetti, Berther (Segnas), Bossi, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Natter, Padrun-Valentin, Pfister, Schmid



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

16 d'avust 2016

17 d'avust 2016

730

Dumonda Claus

concernent la limitaziun temporara da relaschs (sunset legislation)
e l'examinaziun dal dumber da regulaziuns

Resposta da la regenza

Il chantun Grischun sa stenta dapi blers onns da meglierar sia legislaziun. Cun il project da piunier en Svizra "Essenzialisaziun e flexibilisaziun da la legislaziun e da l'applicaziun dal dretg (EFLAD)" è vegnida fatga dals onns 1996 fin 2000 in'examinaziun e rectificaziun cumplexsiva formala e materiala da tut ils relaschs chantunals. La bilantscha da quest "sgumbrament" dal dretg grischun: 87 relaschs (leschas, ordinaziuns dal cussegl grond e da la regenza) è vegnids abolids, 115 relaschs è vegnids revedids per part u dal tuttafatg. Per garantir la persistenza da questa acziun ha il chantun silsunter prendì differentas mesiras. Da quellas fan part particularmain l'examinaziun preliminar obligatoria da tut ils projects chantunals legislativs areguard l'observaziun dals principis dal EFLAD e da las directivas legislativas da la regenza cun in proceder formal e material a favur d'ina buna legislaziun ed areguard la purschida d'ina scolaziun e furmaziun supplementara per tut las collavuraturas e tut ils collavuratur chantunals ch'èn pertutgads da projects legislativs. In studi scientific publitgà dacurt davart la legislaziun en il chantun Grischun mussa, ch'il chantun ha in dumber da regulaziuns relativamain pitschen e ch'el sa chatta sut la media dals chantuns svizzers er areguard l'activitad da regular.

La "sunset legislation" ha cumenzà gia avant passa trais decennis en differentes dals stadis federals da l'America, ma n'è betg per propi sa fatga valair là. La chaschun per quai è stà cunzunt il grond consum da temp e da resursas chaschunà da quest proceder per ils parlaments da milissa dals stadis federals. Pervia da la surchargia da lavur hai savens dà – suenter la scadenza da la limitaziun temporara – automatissems da prolungaziun, senza ch'ina examinaziun pli detagliada dal cuntegn avess gì lieu. Experientschas sumegliantas datti er da la Germania, nua che differentes stadis federals han applitgà quest instrument. Er là è plitost la regla il fenomen parlamentar da "laschar passar" prescripziuns legislativas che van a fin, curt avant la fin da la limitaziun temporara, senza evaluaziun e senza debatta. En Svizra èsi vegnì discutà politicamain adina puspè davart la sunset legislation durant ils ultims onns e decennis (confederaziun, divers chantuns), ma ella n'è betg s'establida insanua. Tuttina vegnì votà en il chantun Sutsilvania ils 25 da settember 2016 davart ina iniziativa dal pievel che propona d'acceptar ina disposiziun en la constituziun, che permetta almain la pussaivladad da limitar temporarmain leschas.

Resguardond las experientschas menziunadas, pari a la regenza ch'ina limitaziun temporara da princip e generala da tut ils relaschs na saja betg l'instrument adattà per garantir in dumber da leschas quantitativamain e qualitativamain optimal. Il factur da success è plitost l'autorestricziun dals organs participads a la legislaziun. La regenza ed il parlament ston "tegnair mesira" tar la legislaziun, saja quai en il champ da regulaziun autonom sco er en l'execuziun dal dretg federal.

Tar la dumonda 1

Per examinar en general tut ils relaschs chantunals existents areguard lur necessitad, areguard lur commensurabladad e lur proporziunalitad stuess vegnir realisà in project correspondent. Sin fundament da la dimensiun da l'examinaziun e sin fundament da la profunditad da l'examinaziun fissi da far quint cun in grond consum da temp e da resursas per ils posts participads (cussegl grond, regenza, administraziun).

Tar la dumonda 2

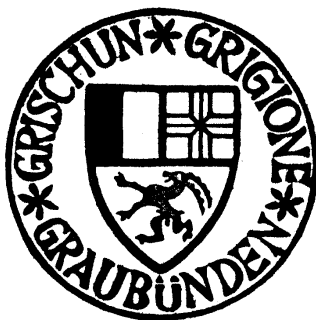
En l'art. 31 al. 3 da la constituziun chantunala è prevista gia oz la pussaivladad da limitar temporarmain leschas. Questa cumpetenza ha pia il cussegl grond gia. Fin oz n'ha il legislatur dentant anc mai fatg diever da questa pussaivladad. Er sin il stgalim inferiur na datti betg relaschs limitads temporarmain.

Tar la dumonda 3

Per motivs da la segirezza giuridica ed en vista a l'acceptanza da las normas giuridicas ston relaschs illimitads esser la regla, e relaschs limitads ston restar l'excepziun absoluta. Ina limitaziun temporara po vegnir en dumonda en il cas singul, sch'il basegn da regulaziun exista dal cumenzament ennà cleramain mo per in tschert temp u, sch'il legislatur vul l'emprim far experientschas cun ina nova regulaziun.

Tar la dumonda 4

Il princip da la limitaziun temporara sa lascha realisar mo per relaschs novs. La limitaziun temporara posteriura da relaschs existents na fa betg senn. Sch'ins vuless obligar ils organs legislativs en moda lianta da limitar per regla ils relaschs, stuess vegnir midada la disposiziun costituziunala existenta.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Chr. Rathgeb

Dr. C. Riesen

Interpellanza Claus concernente la limitazione temporale di atti normativi (Sunset Legislation) e la verifica della densità normativa

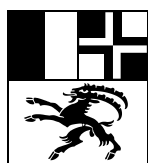
Anche nei Grigioni vengono conferiti sempre più compiti al Cantone. In tal modo aumentano l'onere dell'apparato statale, la densità normativa e la partecipazione ai costi per l'economia pubblica dello Stato sotto forma di aliquote statali e fiscali crescenti. Tali compiti statali sono stabiliti in vari atti normativi (leggi, ordinanze e direttive). Con il passare del tempo essi vengono completati o in parte sostituiti da altri atti normativi. Se la necessità generale, l'attualità delle regolamentazioni e la loro opportunità siano tuttora date, non è oggetto di discussione. Con la "Sunset Legislation", negli USA è stato creato un procedimento che permette di verificare, a intervalli regolari, tutti gli atti normativi approvati in base alla loro necessità, opportunità e proporzionalità. Il termine "sunset" rappresenta un termine fissato dalla legge entro il quale deve avvenire la verifica. Ogni atto normativo ha una data di scadenza. Il circolo della dispendiosa e autodinamica sovraregolamentazione viene interrotto, lo Stato e l'Amministrazione risultano più snelli, a beneficio di tutti.

Si prega perciò il Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. In quale forma le leggi, le ordinanze e le direttive odierne del Cantone potrebbero essere sottoposte a una verifica generale in relazione a necessità, opportunità e proporzionalità?
2. Qual è la proporzione tra gli atti normativi a tempo determinato e quelli a tempo indeterminato (leggi, ordinanze e direttive) nel Cantone?
3. Per quali leggi, ordinanze e direttive il Governo ritiene opportuna una limitazione temporale?
4. In quale forma potrebbe essere attuato rapidamente il principio della limitazione temporale degli atti normativi?

Coira, 15 giugno 2016

Claus, Davaz, Felix (Haldenstein), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Casanova (Ilanz), Casanova-Maron (Domat/Ems), Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Davos Clavadel), Danuser, Engler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Kasper, Koch (Tamins), Koch (Igis), Kollegger, Komminoth-Elmer, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Marti, Mathis, Nay, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rosa, Schutz, Steiger, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Coira), Tenchio, Thomann-Frank, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wieland, Zanetti, Berther (Segnas), Bossi, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Natter, Padrun-Valentin, Pfister, Schmid



Seduta del

16 agosto 2016

Comunicato il

17 agosto 2016

Protocollo n.

730

Interpellanza Claus

concernente la limitazione temporale di atti normativi (Sunset Legislation)
e la verifica della densità normativa

Risposta del Governo

Il Cantone dei Grigioni si impegna da anni in modo particolare al fine di migliorare la propria attività normativa. Con il progetto pionieristico a livello svizzero "Concentrazione sull'essenziale e flessibilizzazione della legislazione e dell'applicazione del diritto (CFLAD)", dal 1996 al 2000 sono state svolte una verifica e una rettifica formali e materiali complete di tutti gli atti normativi cantonali. Bilancio di questa "ripulitura" del diritto grigionese: 87 atti normativi (leggi, ordinanze del Gran Consiglio e del Governo) sono stati abrogati, 115 atti normativi sono stati sottoposti a revisione totale o parziale. Per garantire la continuità di questa azione, il Cantone ha in seguito adottato diverse misure. Tra queste rientrano in particolare un esame preliminare obbligatorio di tutti i progetti normativi relativo al rispetto dei principi della CFLAD, direttive del Governo con una prassi formale e contenutistica per una buona legislazione e offerta di una formazione e di un perfezionamento specifico per tutti i collaboratori cantonali che si occupano di progetti normativi. Uno studio scientifico pubblicato recentemente relativo all'attività normativa nel Cantone dei Grigioni evidenzia che il Cantone presenta una densità normativa relativamente bassa e anche per quanto riguarda l'attività normativa si attesta a un livello inferiore alla media dei Cantoni svizzeri.

La "Sunset Legislation" ha avuto le sue origini già più di tre decenni fa in diversi Stati federali americani, dove però non è mai riuscita a imporsi veramente. La principale causa è l'enorme onere di tempo e risorse legato a questa procedura richiesto ai parlamenti di milizia degli Stati federali. A causa del sovraccarico di lavoro, dopo la scadenza del termine si sono sovente attivati automatismi di proroga, senza che fosse stata effettuata una verifica contenutistica approfondita. Esperienze simili sono state fatte anche in Germania, dove diversi Länder applicano tale strumento. Anche lì il fenomeno dell'"approvazione" parlamentare di prescrizioni normative poco prima della loro scadenza, senza una valutazione e un dibattito costituisce tendenzialmente la norma. In Svizzera, negli ultimi anni e decenni, la Sunset Legislation è ripetutamente stata oggetto del dibattito politico a vari livelli (Confederazione, diversi Cantoni), tuttavia, non è riuscita ad affermarsi da nessuna parte. Il 25 settembre 2016, nel Cantone di Nidwaldo vi sarà pur sempre una votazione con la quale si intende inserire nella Costituzione una disposizione che ammetta almeno la possibilità di porre una scadenza temporale alle leggi.

In considerazione delle esperienze summenzionate, il Governo ritiene che una limitazione di principio e generale di tutti gli atti normativi non sia lo strumento ideale per garantire una densità normativa ottimale dal punto di vista quantitativo e qualitativo. Il fattore di successo sta piuttosto in una autolimitazione degli organi coinvolti nell'attività normativa. Il Governo e il Parlamento devono moderare la propria attività normativa, sia negli ambiti normativi autonomi, sia nell'attuazione del diritto federale.

In merito alla domanda 1

Per una verifica generale di tutti gli atti normativi cantonali esistenti in relazione a necessità, opportunità e proporzionalità, dovrebbe essere attuato un corrispondente progetto. A causa dell'entità e del livello di approfondimento della verifica bisognerebbe calcolare un onere di tempo e di risorse elevato per gli organi interessati (Gran Consiglio, Governo, Amministrazione).

In merito alla domanda 2

L'art. 31 cpv. 3 della Costituzione cantonale prevede già oggi la possibilità di limitare la validità delle leggi. Il Gran Consiglio dispone quindi già di tale competenza. Finora il legislatore non ha tuttavia mai fatto uso di questo strumento. Anche a livelli inferiori non vi sono atti normativi a tempo determinato.

In merito alla domanda 3

Per motivi di sicurezza giuridica e in considerazione dell'accettazione delle norme giuridiche, gli atti normativi a tempo indeterminato devono rappresentare la norma e gli atti normativi a tempo determinato devono rimanere un'assoluta eccezione. Una limitazione temporale può entrare in discussione in singoli casi, quando risulta sin dall'inizio che l'esigenza di regolamentazione è data solo per un determinato periodo o quando si intendono anzitutto raccogliere esperienze con una nuova regolamentazione.

In merito alla domanda 4

Il principio della limitazione temporale può essere applicato solo per i nuovi atti normativi. La limitazione temporale a posteriori di atti normativi già esistenti non ha alcun senso. Se si volesse obbligare gli organi responsabili per attività normative a porre in ogni caso una limitazione temporale agli atti normativi, si dovrebbe modificare la disposizione costituzionale esistente.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen